

NOTIZEN

Aus der Forschung

Universität Duisburg-Essen

Projekttitel: »Urbane Raum(re)produktion Sozialer Arbeit«

Projektleitung/Team: Prof. Dr. Fabian Kessl

Gefördert durch: DFG-Sachbeihilfe

Laufzeit: November 2012 bis Oktober 2014

Kurzbeschreibung: Seit dem Ende des 20. Jahrhunderts sind im bundesdeutschen Kontext grundlegend veränderte Ordnungen des urbanen Raums zu beobachten. Zentrales Kennzeichen dieser Entwicklungen ist eine zunehmende Segregation und damit verbundene räumliche Aufwertungsprozesse insbesondere in den Großstädten. Personenbezogene soziale Dienstleister, wie die Soziale Arbeit, reagieren darauf mit einer kleinräumigen und nahraumorientierten Neujustierung ihrer Angebote. Ziel ist der Aufbau lokaler Inklusions- und präventiver Sicherungsstrukturen. Gegen diese Neujustierung sozialer Dienstleistung werden in jüngster Zeit grundlegende Einwände formuliert. Obwohl damit eine umfängliche Fachdiskussion ausgelöst wurde, ist die Frage, in welcher Weise die beteiligten AkteurInnen die veränderten Ordnungen des urbanen Raums professionell und institutionell (re)produzieren bis heute empirisch unbearbeitet. In einer vergleichenden Ethnographie in zwei bundesdeutschen Großstädten wird deshalb die räumliche Dimension der professionellen und institutionellen Praktiken der beteiligten AkteurInnen untersucht. Der jeweilige kommunale Raum wird dabei analytisch als relationale und nicht als absolute Größe gefasst. Grundlagentheoretisch schließt das Forschungsvorhaben somit an die Perspektive einer Theorie der Raum(re)produktion an.

Das Projekt leistet eine systematische Bestimmung gegenwärtiger *Muster urbaner Raum(re)produktion Sozialer Arbeit* im Kontext urbaner Segregation und zugleich einen Beitrag zur erforderlichen *raumtheoretischen Sensibilisierung* sozialpädagogischer wie erziehungswissenschaftlicher Forschung.

Universität Duisburg-Essen / Technische Universität Dortmund:

Projekttitel: »Alternative Formen der Armutsbekämpfung: die neue Mit-leidsökonomie. Bestandsaufnahme und Exploration.«

Projektleitung: Prof. Dr. Fabian Kessl (Universität Duisburg-Essen), Prof. Dr. Axel Groenemyer (TU Dortmund)

Gefördert durch: Mercur (Mercator Research Center Ruhr)

Laufzeit: Dezember 2012 bis November 2014

Kurzbeschreibung: Armutsbekämpfung zählt zu den dringlichsten politischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Im Kontext der grundlegenden politischen und ökonomischen Transformationsprozesse der jüngeren Vergangenheit hat das Phänomen der Armut an akuter sozialer Sprengkraft gewonnen: Eine wachsende Gruppe von Menschen kann auch in den reichen EU-Staaten weder mit ihren Einkünften aus der Erwerbsarbeit noch mit staatlichen Transferleistungen ihre Alltagsbedürfnisse ausreichend befriedigen. Parallel zur sozialstaatlichen Armutsbekämpfung hat sich daher seit dem Ende der 1990er Jahre ein neues System der Verteilung von überschüssigen Elementargütern an arme Bevölkerungsmitglieder etabliert (u. a. Tafeln, Sozialkaufhäuser, Suppenküchen). Obwohl dieses neue System der Mitleidsökonomie ein rasantes Wachstum hinter sich und die öffentliche Wahrnehmung von Armut bereits heute verändert hat, ist die Frage, welches Potenzial der Armutsbekämpfung damit ausgeschöpft werden kann, bisher unbeantwortet. Für eine angemessene Beantwortung dieser Frage ist die Gestalt der mitleidsökonomischen Angebote systematisch zu erfassen, und auf dieser Basis deren Praxis der Armutsbekämpfung zu untersuchen. Das Forschungsprojekt sieht daher eine repräsentative Untersuchung der Nutzungs- und Organisationsstrukturen bundesdeutscher Angebote und ihrer sozialpolitischen Verortung vor. Diese Erhebung wird um vier explorative Fallstudien in zwei Ruhrgebietsstädten ergänzt.

Universität Erfurt

Projekttitel: Zentrale Begriffe der Schulpädagogik in pädagogischen Nachschlagewerken

Projektleitung: Prof. Dr. M. Lüders

Gefördert durch: Deutsche Forschungsgemeinschaft

Laufzeit: Januar 2013 bis Juni 2015

Kurzbeschreibung: Das Projekt ist in der empirischen Wissenschaftsforschung angesiedelt. Es geht der Frage nach, wie die Schulpädagogik einige ihrer zentralen Begriffe seit 1949 und dann insbesondere im Gefolge der Verlagerung nahezu der gesamten Lehrerbildung an die Universitäten sowie unter dem Einfluss der »realistischen Wende« bestimmt und weiterentwickelt hat. Für die Beantwortung dieser Frage werden Beiträge zu den Stichwörtern Schule, Didaktik, Unterrichtsmethode und Lehrplan/Curriculum in pädagogischen Nachschlagewerken analysiert. Im Zentrum der Analyse stehen Definitionen und dazugehörige Erklärungseinheiten, die auf Klarheit, Eindeutigkeit,

typische Merkmale, theoretischen Gehalt und Verbreitung bzw. Bestätigung in späteren Darstellungen hin untersucht werden. Ziel des Projekts ist es nachzuzeichnen, ob und in welchem Ausmaß es der Schulpädagogik bisher gelungen ist, ihre zentralen Begriffe aus traditionellen, der Praxis der Lehrerbildung verpflichteten, Verwendungsweisen herauszulösen, im Kontext wissenschaftlicher Forschungen und Theorien zu verankern und sich dadurch als wissenschaftliche Teildisziplin der Erziehungswissenschaft zu konstituieren.

Universität Frankfurt am Main

Projekttitle: Einflussgrößen und Mechanismen der sozialen und ethnischen Herkunft auf die individuelle Lernentwicklung und schulische Erfolge (E-MiL)

Projektleitung/Team: Prof. Dr. Tanja Betz, Prof. Dr. Marcus Hasselhorn, Dr. Sven Lindberg, Dr. Jan Lonnemann, Janosch Linkersdörfer, Robert Körner

Gefördert durch: IDEa Forschungszentrum (Center for Research in Individual Development and Adaptive Education of Children at Risk)

Laufzeit: August 2011 bis Juli 2014

Kurzbeschreibung: Das Forschungsprojekt möchte Aufschluss darüber geben, inwieweit spezifische Herkunftsbedingungen Einfluss auf die individuelle Lernentwicklung von Grundschulkindern in Deutschland ausüben. Ausgehend von den sozialen Hintergrundbedingungen und dem Migrationsstatus der Grundschulkinde r sowie den bestehenden Zusammenhängen dieser Merkmale mit dem Schulerfolg, sollen die Prozesse und Mechanismen innerfamiliärer Interaktion und das Alltagsverhalten der Kinder detailliert exploriert und deren Auswirkungen auf die schulische Leistung erklärt werden. Die organisatorische Bewältigung des familiären Alltags und dessen positive bzw. negative Einflussnahme auf die schulischen Leistungen der Kinder werden als Mediatorprozesse beschrieben um den Zusammenhang zwischen Herkunftsbedingungen und Schulerfolg verständlicher zu gestalten. Das Vorhaben orientiert sich zur Beantwortung der beschriebenen Fragestellung an nationalen (PISA, IGLU, NEPS, AIDA, LAU) wie internationalen, (Bodovski & Farkas 2008, Chin & Phillips 2004, Lareau 2003, Vincent & Ball 2007) Untersuchungen und basiert auf einem breiten Methodenrepertoire. Im Jahr 2011 wurde ein dem internationalen Forschungsstand gerecht werdendes quantitatives Erhebungsinstrument entwickelt, welches die differenzierte Erfassung des sozialen Hintergrundes und des Migrationsstatus der Kinder ermöglicht. In der zweiten Phase ab 2012 werden anhand dieser Daten Eltern-Samples gezielt nach unterschiedlicher familialer Herkunft ausgewählt. Mehrere dieser Familien sollen mittels leitfadengestützter Interviews befragt werden, um Mechanismen herauszuarbeiten, welche zu einem besseren Verständnis beitragen wie der günstige bzw. ungünstige Effekt sozialer und eth-

nischer Faktoren auf die schulischen Leistungen in der Grundschule zu verstehen ist.

Kontakt:

Robert Körner

Goethe-Universität Frankfurt am Main

Fachbereich Erziehungswissenschaften, Institut für Pädagogik der Elementar- und Primarstufe

Fach 113

Mertonstr. 17-21, 60054 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (0)69 798 23550

E-Mail: r.koerner@em.uni-frankfurt.de

Homepage: http://www.uni-frankfurt.de/fb/fb04/we2/professionalisierung/Projekt_EMiL.html

Universität Hildesheim

Projekttitle: Frühpädagogische Reflexivität und beruflicher Habitus in multiprofessionellen Teams

Projektleitung/Team: Prof. Dr. Peter Cloos, Dipl. Soz. Anika Göbel, Dipl. Päd. Ilka Lemke

Projektlaufzeit: Dezember 2011 bis Juni 2014

Kurzbeschreibung: Langfristig ist für das Feld der Kindertageseinrichtungen eine vermehrte Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams unter Beteiligung von AbsolventInnen frühpädagogischer Hochschulstudiengänge zu erwarten. An hochschulisch ausgebildete Fachkräfte wird die Erwartung adressiert, eine Professionalisierung des Feldes zu erreichen, indem sie insbesondere eine gesteigerte Reflexivität einbringen. Da sich nun eine Ausbildungsstruktur an unterschiedlichen Orten weiterentwickelt hat, muss sich die zukünftige Diskussion nicht nur darum bemühen, eine Abstimmung der unterschiedlichen Ausbildungs- und Studiengänge, sondern auch den Prozess einer Veränderung des Berufssystems im Feld Kindertageseinrichtungen qualitativ zu begleiten. Hieran knüpft das Forschungsprojekt an, welches darauf abzielt, in multiprofessionellen Teams frühpädagogische Reflexivität von Fachkräften mit unterschiedlichen Qualifikationen in Kindertageseinrichtungen in Verbindung mit der biografischen Genese von beruflich-habituellen Profilen über die Rekonstruktion von Teamgesprächen und biografischen Interviews zu untersuchen. Forschungsleitende Fragen sind: Wie werden Entscheidungen gemeinsam getroffen und wie wird gemeinsam eine Kultur der pädagogischen Planung und des Fallverstehens etabliert? Zweitens werden die reflexiven Praktiken der Inferenzbearbeitung und des professionellen Umgangs mit Ungewissheit untersucht. Drittens werden die beruflich-habituellen Unterschiede der an den Teamgesprächen beteiligten Fachkräfte herausgearbeitet, d. h. die Berufsbiografien von Fachkräften mit unterschied-

lichen Ausbildungswegen, auch im Hinblick auf ihre Berufseinmündung sollen rekonstruiert werden. Hieran schließt sich die Frage an, welche Professionalisierungshemmnisse und -chancen sich aus den beobachteten Praktiken in der Zusammenarbeit von multiprofessionellen Teams ergeben. Das Forschungsprojekt »Frühpädagogische Reflexivität und beruflicher Habitus in multiprofessionellen Teams« ist ein Drittmittelprojekt gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Schwerpunktes »Ausweitung der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte« (AWIFF).

Kontakt:

Prof. Dr. Peter Cloos
Universität Hildesheim
Institut für Erziehungswissenschaften
Marienburger Platz 22, 31141 Hildesheim
Tel: +49 (0)5121 883 425
E-Mail: cloosp@uni-hildesheim.de

Aus der Wissenschafts- und Bildungspolitik

Klemm rechnet vor: Grün-Rot spart zu viele Lehrerstellen

zwd Stuttgart (mhh). Mit einer Studie des Bildungsforschers Klaus Klemm hat die baden-württembergische Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) den Druck auf die grün-rote Landesregierung erhöht. Wollte die Regierung nur einen kleinen Teil ihrer bildungspolitischen Reformvorhaben umsetzen, muss sie von den geplanten Lehrerstellenstreichungen umgehend Abstand nehmen, so das Fazit der Studie, die am 30. August in Stuttgart vorgestellt wurde. Die GEW-Vorsitzende Doro Moritz kritisierte die Landesregierung erneut scharf: Grün-Rot habe bessere Bildung für alle versprochen und werde es so nicht einmal schaffen, den Status quo der schlechten Bildungspolitik von CDU und FDP zu halten, so Moritz. Bei Grünen und SPD zeigte man sich angesichts dieser Kritik irritiert.

Quelle: <http://www.zwd.info/>

Zukunftsdialog: »Wie wollen wir lernen?«

Experten der Kanzlerin wollen »Dominanz des formellen Lernens« brechen

zwd Berlin (mhh). Für die Einführung eines Individuellen Kompetenzpasses als Begleiter für das lebenslange Lernen hat sich die von der Bundeskanzlerin einberufene Expertenkommission im Rahmen des Zukunftsdialogs ausgesprochen. Der Pass soll dabei helfen, neben formellen Qualifikationen verstärkt auch informelle Kompetenzen und persönliche Potenziale darstellen und nachweisen zu können. Der Vorschlag, der von der Bundesregierung geprüft und gegebenenfalls realisiert wird, ist Teil des von 133 Experten erarbeiteten Abschlussberichts zum Zukunftsdialog, der am 28. August der Kanzlerin übergeben wurde.

Quelle: <http://www.zwd.info/>

Appell an Verantwortung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen

Wissenschaftskonferenz diskutiert Herrschinger Kodex »Gute Arbeit in der Wissenschaft« – Follow-Up-Kongress am 15. November in Berlin

Die 6. Wissenschaftskonferenz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist am Samstag mit einem Appell an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, ihren Beschäftigten berechenbare Karrierewege und stabile Beschäftigungsbedingungen anzubieten, zu Ende gegangen. »Alle

Bundesländer haben die Autonomie der Hochschulen auch in Finanz- und Personalangelegenheiten massiv ausgebaut, der Bund möchte die Eigenverantwortung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in einem ‚Wissenschaftsfreiheitsgesetz‘ stärken. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen daher jetzt ihre erweiterten Gestaltungsspielräume nutzen, um als verantwortungsbewusste Arbeitgeber anständige Beschäftigungsbedingungen und attraktive Arbeitsplätze zu bieten. Daher erwarten wir, dass sich jede Hochschule und Forschungseinrichtungen in einem Kodex ‚Gute Arbeit in der Wissenschaft‘ auf Mindeststandards für berechenbare Karrierewege und stabile Beschäftigungsverhältnisse verpflichtet«, sagte das für Hochschule und Forschung verantwortliche Vorstandsmitglied der GEW, Andreas Keller, in Herrsching am Ammersee, wo sich knapp 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur viertägigen Konferenz versammelt hatten.

Der Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Professor Hans Jürgen Prömel, stellte auf der GEW-Wissenschaftskonferenz die im April 2012 einstimmig von der HRK-Mitgliederversammlung beschlossenen »Leitlinien für die Ausgestaltung befristeter Beschäftigungsverhältnisse mit wissenschaftlichem und künstlerischen Personal« vor. Die HRK-Richtlinien sehen u. a. vor, dass die Laufzeiten von Zeitverträgen so bemessen werden, dass das Qualifizierungsziel, z. B. die Promotion, in der Befristungszeit »erreichbar und wissenschaftlich ausführbar« ist. »Ein Schritt in die richtige Richtung«, lobte GEW-Vorstandsmitglied Andreas Keller die HRK-Initiative und bot den Hochschulen bei der Umsetzung der Richtlinien die Zusammenarbeit mit der GEW an.

Weitergehende Empfehlungen als die HRK-Richtlinien enthält der auf der GEW-Wissenschaftskonferenz als Entwurf vorgelegte Herrschinger Kodex »Gute Arbeit in der Wissenschaft«. Der Herrschinger Kodex sieht beispielsweise einen »Tenure Track« für promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Postdocs) vor, der diesen eine dauerhafte Perspektive an der Hochschule eröffnet, wenn sie die zu Beginn der Postdoc-Phase mit der Hochschule vereinbarten Qualifizierungsziele erreichen. Weiter wird im Herrschinger Kodex eine konsequente Anwendung der familienpolitischen Komponente des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes gefordert, welche die Verlängerung von Zeitverträgen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die Kinder betreuen, vorsieht. Die Einhaltung des Kodex soll durch eine spezielle Ombudskommission aus Hochschulmitgliedern und Expertinnen und Experten aus der Praxis überwacht werden.

In einer Gesprächsrunde zum Thema »Wer zahlt, schafft an« diskutierten in Herrsching Geldgeber von Hochschulen und Forschungseinrichtungen, wie diese durch Auflagen, Anreize oder Zielvereinbarungen aktiv darauf einwirken können, dass Hochschulen und Forschungseinrichtungen tatsächlich konkrete Maßnahmen zur Verbesserung von Beschäftigungsbedingungen und Berufsperspektiven ergreifen. Anselm Fremmer (Deutsche Forschungs-

gemeinschaft), Ulrich Hörlein (Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst) und Antje Tepperwien (VolkswagenStiftung) erkannten grundsätzlich den Handlungsbedarf der Geldgeber an, sahen aber für ihre Institution jeweils unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten.

Einen Blick über den Tellerrand wagten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 6. GEW-Wissenschaftskonferenz am Donnerstag im Gespräch mit Annette Hug von der schweizerischen öffentlichen Dienstgewerkschaft VPOD sowie Peter Korecky von der österreichischen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD). Auf großes Interesse stieß bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, dass es der GÖD gelungen ist, in Tarifverhandlungen mit den österreichischen Universitäten eine Reform der Hochschulpersonalstruktur durchzusetzen und den »Tenure Track« im »Kollektivvertrag für die Arbeitnehmer/innen der Universitäten« rechtsverbindlich zu verankern. In Deutschland wäre das schon aufgrund der geltenden Tarifsperre im Wissenschaftszeitvertragsgesetz ausgeschlossen. »Trauen Sie Gewerkschaften und Arbeitgebern auch im deutschen Wissenschaftssystem etwas zu, geben Sie Tariffreiheit!« appellierte Andreas Keller von Herrsching aus an Bundesregierung und Bundestag.

Quelle: GEW

Qualitätsoffensive in der Lehrerbildung beschlossen

Statt einer Exzellenzinitiative soll es nun eine Qualitätsoffensive in der Lehrerbildung geben. Das mit 500 Millionen Euro ausgestattete Programm könnte möglicherweise bereits im nächsten Jahr starten. Dies beschlossen Bundesbildungsministerin Annette Schavan und die Wissenschaftsminister(innen) der Länder auf der 15. Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) vergangenen Freitag in Berlin. Diskutiert wurde auch über eine Aufstockung des Hochschulpakts. Eine Arbeitsgruppe soll Ende des Jahres die Einzelheiten hierzu aushandeln.

Hierzu führte die Bundesregierung in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der Fraktion »Bündnis 90/Die Grünen« aus: »Eine qualitativ hochwertige Lehrerbildung ist das Fundament für ein erfolgreiches Bildungssystem. Lehrerinnen und Lehrer als Experten des Lernens und Lehrens benötigen eine Aus-, Fort- und Weiterbildung, die es ihnen ermöglicht, in der Praxis alle Kinder entsprechend ihren Fähigkeiten und Interessen individuell zu fördern und ihnen den Start in eine erfolgreiche Bildungsbiographie zu ermöglichen.

Ziel der Qualitätsoffensive Lehrerbildung ist es u. a.

- die Zusammenarbeit von Fachdisziplinen, Fachdidaktiken, Erziehungswissenschaften und schulpraktischen Elementen der Ausbildung zu verbessern,

- inhaltliche Konzepte der Lehrerbildung in Forschung und Lehre evidenzbasiert und berufsfeldbezogen fortzuentwickeln,
- die Profilierung und Optimierung der Strukturen der Lehrerbildung an den Hochschulen zu unterstützen,
- die Inhalte der Ausbildung stärker aufeinander abzustimmen,
- die Fortentwicklung der Lehrerbildung in Bezug auf die Anforderungen der Heterogenität und Inklusion zu befördern,
- eine praxisorientierte Fachdidaktik zu fördern und
- schulpraktische Elemente als immanente Bestandteile in der Lehrerausbildung zu verankern.

Die Lehrerausbildung muss dabei auf eine stärkere Verzahnung ihrer Ausbildungsphasen (Lehramtsstudium, Referendariat, Lernen im Beruf) setzen. Zugleich bedarf es einer länderübergreifenden Anerkennung von Ausbildungselementen und Abschlüssen in der Lehrerausbildung.

Zu den Herausforderungen einer modernen Lehrerausbildung und den notwendigen Reformmaßnahmen liegen eine Reihe von Studien, Aufsätzen und Empfehlungen von Expertenkommissionen vor, die in die inhaltliche Ausgestaltung der Qualitätsoffensive einfließen.«

Konkreter formulierte die Ministerin Schavan: »Die Lehrerausbildung muss den Stellenwert bekommen, den sie verdient. Dazu braucht sie einen eigenen Ort an der Hochschule und darf nicht nur fünftes Rad am Wagen sein.« Eine jetzt vorliegende Studie kommt u. a. zu dem Ergebnis, dass sich die Hälfte aller Lehrerinnen und Lehrer durch das Studium nur unzureichend auf ihre Arbeit vorbereitet fühlt. »Ich möchte, dass die Besten und Engagiertesten eines Jahrgangs Lehrer werden«, betonte die Ministerin. Die nun von der GWK beschlossene Qualitätsoffensive in der Lehrerbildung soll dabei helfen, die Qualität der Lehrerausbildung zu verbessern und ihre Stellung an den Hochschulen zu stärken. Über zehn Jahre hinweg sollen mit insgesamt 500 Millionen Euro innovative Entwicklungen im Lehramtsstudium gefördert werden. Die 120 Hochschulen, die in Deutschland Lehrer(innen) ausbilden, können sich um die Mittel bewerben. Entgegen eines von Sachsen eingebrachten Vorschlags wird das Programm nicht wie die Exzellenzinitiative in der Forschung »Leuchttürme« fördern, sondern soll in der Breite wirken und den regionalen Proporz berücksichtigen. Ihre Zustimmung zu dem Programm machte Schavan allerdings nach Informationen der FAZ davon abhängig, dass mit der Initiative auch die innerdeutsche Mobilität und die Anerkennung von Studiengängen und Ausbildungsabschlüssen in der Lehrerbildung zwischen den Bundesländern gefördert wird. »Der Lehramtsausbildung muss überall ein hoher Stellenwert eingeräumt werden, damit sie bestmöglich auf eine der wichtigsten Aufgaben vorbereitet, die es gibt: die Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen«, so Schavan.

Die stellvertretende GWK-Vorsitzende Doris Ahnen machte deutlich, dass den angehenden Lehrer(inne)n auch mehr Zeit für das Sammeln von

Praxiserfahrungen während des Studiums eingeräumt werden solle. Die rheinland-pfälzische Kultusministerin hofft zudem, dass die Qualitätsoffensive die Umsetzung von Inklusion an den Schulen vorantreiben helfen könne. Ungeklärt ist bislang die Frage, ob und in welcher Höhe die Länder einen finanziellen Beitrag zu dem Programm leisten werden. Eine Bund-Länder-Staatssekretärs-Arbeitsgruppe soll im Laufe des nächsten halben Jahres Vorschläge zur konkreten Ausgestaltung der Initiative erarbeiten, über die die GWK dann im November abstimmen will.

*Hochschul Informations System (HIS) nach Quellen:
dpa, ZWD, FAZ, dradio, GWK, BMBF, HRK*

Gewerkschaften erteilen Studiengebühren klare Absage

Ergebnisse der 6. Welthochschulkonferenz der Bildungsinternationale

Mit einer klaren Absage an Studiengebühren ist in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires die 8. Welthochschulkonferenz der Bildungsinternationale (Education International – EI, www.ei-ie.org) zu Ende gegangen. 140 Vertreterinnen und Vertreter von Bildungsgewerkschaften aus aller Welt nahmen an der Konferenz teil, die der weltweite Dachverband der Bildungsgewerkschaften vorige Woche gemeinsam mit der argentinischen Hochschulgewerkschaft CONADU ausrichtete. Für die deutsche Mitgliedsorganisation der Bildungsinternationale GEW nahm Andreas Keller, Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung teil.

In der von der Konferenz verabschiedeten Resolution gegen Studiengebühren, die noch der abschließenden Bestätigung durch den Vorstand der Bildungsinternationale bedarf, werden der Charakter der Hochschulbildung als öffentliches Gut sowie die staatliche Verantwortung für die Hochschulfinanzierung betont. Ziel der Bildungsinternationale ist die weltweite Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums: Wo das Studium bereits gebührenfrei ist, dürfen keine Gebühren eingeführt werden; wo noch Gebühren erhoben werden, sollen diese schrittweise mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung schrittweise reduziert werden. Darüber hinaus soll durch eine angemessene studentische Ausbildungsförderung für Chancengleichheit gesorgt werden, heißt es in der Resolution.

Die Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums sei auch Ausdruck des Menschenrechts auf Bildung, wie es etwa in Artikel 13 des Internationalen Pakts für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) verankert sei, der explizit die Abschaffung von Studiengebühren verlangt, heißt es weiter in der Resolution. 2010 hatte die GEW in einem Bericht an den für die Überwachung des UN-Sozialpakts zuständigen Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Genf kritisiert, dass in mehreren deutschen Bundesländern Studiengebühren erhoben werden (http://www.gew.de/GEW_Deutschland_verletzt_voelkerrechtlich_verbrieftes_Recht_a

uf_Bildung.html), woraufhin der Ausschuss im Mai 2011 die Bundesrepublik Deutschland rügte. Als sehr ermutigend nahmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Bericht von Andreas Keller über die positiven Erfahrungen in Deutschland zur Kenntnis. Dort ist es Studierenden und Gewerkschaften gelungen, den Trend zur Privatisierung der Hochschulbildung umzukehren: Inzwischen halten noch zwei von vormals sieben Bundesländern an allgemeinen Studiengebühren, die schon ab dem ersten Semester fällig werden, fest.

Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz war die Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Hochschulfinanzierung. »Gegenüber UNESCO, OECD, Weltbank, G-20 und Internationalem Währungsfond haben wir immer wieder betont, wie wichtig Investitionen in öffentliche Bildung für die Bewältigung der Krise sind«, sagte der Generalsekretär der Bildungsinternationale, Fred van Leeuwen, in seiner Eröffnungsrede. Die Ökonomisierung von Bildung und Forschung und die Prekarisierung wissenschaftlicher Arbeit waren weitere Themen, die auf der Weltkonferenz diskutiert wurden. Die Bildungsgewerkschaften werden die Situation von befristet beschäftigten und jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stärker in den Blick nehmen, verabredeten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Buenos Aires.

Quelle: GEW